



Der Flugzeugsentscheid ist politische Zechprellerei

Referat von Christian Levrat, Nationalrat FR, Präsident der SP Schweiz

Es gilt das gesprochene Wort.

Camarades,

Nous y sommes. Il reste 22 jours jusqu'aux élections, 22 jours pour imposer notre vision d'une défendre une Suisse pour tous, sans privilèges, 22 jours pour convaincre et mobiliser.

Ces élections sont capitales, décisives. Les dix dernières années ont vu s'appauvrir les classes moyennes et les milieux populaires, sous l'effet d'un cocktail toxique, mêlant stagnation des salaires, explosion des coûts du logement et doublement des primes d'assurance-maladie. Une politique voulue et assumée par la droite, qui au nom du dogme libéral a laissé top-managers et actionnaires se goinfrer, alors même que les salaires d'une large majorité de la population peinaient à suivre l'évolution des coûts de la vie.

Camarades, le résultat des politiques menées par nos adversaires, c'est un pays coupé en deux. Entre les manitous de l'économie d'un côté et, de l'autre, les salariés, les retraités, les petits indépendants. Le résultat des politiques d'une droite asservie à ses sponsors, c'est l'accumulation de fortune dans les mains de quelques-uns, au détriment du plus grand nombre. Le résultat de l'influence démesurée des grandes banques sur les partis de droite, c'est la crise financière de 2008. Le résultat de cette culture de l'argent roi, c'est la liberté laissée aux spéculateurs d'attaquer le franc. Le résultat de cette politique-là, c'est la dominance de la place financière sur l'industrie, c'est un monde bancaire qui se refuse à admettre qu'il est au service de l'économie réelle, et non l'inverse.

C'est contre cette logique que nous nous dressons. Avec la conviction que la politique représente plus que la défense de quelques privilèges, d'une branche économique, d'une entreprise ou d'un siège au sein d'un conseil d'administration. Nous sommes le parti de l'intérêt général. Contre les lobbies, contre ceux qui veulent faire du Palais fédéral une succursale de la Bahnhofstrasse zurichoise, contre ces politiciens qui collectionnent les mandats privés comme d'autres les vignettes Panini.

Liebe Genossinnen und Genossen, meine Damen und Herren

Wir wollen eine Politik des Miteinander und nicht des „Jeder gegen jeden“. Eine Politik, welche die Werte der Solidarität, der Gerechtigkeit und der Freiheit hoch hält und die wahren Sorgen der Bevölkerung ins Zentrum stellt. Denn Politik sollte ein Wettbewerb der Ideen sein, ein Kampf zwischen verschiedenen konkreten Lösungen, um unsere Lebensqualität und den Zusammenhalt unseres Landes zu verbessern. Die Wahlkampagne müsste demnach den Höhepunkt dieses Wettbewerbs der verschiedenen Weltanschauungen darstellen, den Gipfel einer Auseinandersetzung, in dem sich unterschiedliche Projekte gegenüber stehen.

Bedauerlicherweise haben unsere Gegner die eidgenössischen Wahl mit der Wahl zur Miss Schweiz verwechselt. Sie hielten es für unnützlich, über die konkreten Sorgen unserer Landsleute zu diskutieren: Einkommen, Miete, Krankenkasse, AHV-Rente, Energie. Nichts, kein einziges Wort darüber. Stattdessen haben sie einen Wettbewerb für Werbefachleute lanciert, der sich um das Thema Schweiz dreht (Schweizer wählen..., Glückliche Schweizer wählen..., Aus Liebe zur Schweiz). Nach den Schafen bei den letzten Wahlen kommt dieses Mal Rindvieh auf den Plakaten unserer Konkurrenten zu Ehren. Man fühlt sich an eine Viehschau erinnert, bei der die schönsten Tiere gekürt werden. Das mag ja ganz lustig sein, aber eine Wahlkampagne ist das nicht. Die Ereignisse dieses Jahres 2011 zeigen das sehr deutlich.

Denn der Run auf diese etwas gar hinterwäldlerische Swissness, die den Werbefachleuten so am Herzen liegt, blieb aus. In diesem Wahljahr reihten sich stattdessen mehrere erfreuliche und tragische Ereignisse aneinander, die der Bevölkerung die Kompetenz der politischen Parteien vor Augen führte. Oder aber ihre Inkompetenz. Wir erlebten in diesem Jahr 2011 den arabischen Frühling, die Katastrophe von Fukushima, erneute Turbulenzen der UBS, Debatten ums Bankgeheimnis und die Frankenkrise. In diesem Jahr 2011 bereiteten sich die bürgerlichen Parteien auf einen Schönheitswettbewerb vor einem Hintergrund mit Fahnen, Bergen und Schweizer Kühen vor. Das Stelldichein mit der Geschichte verpassten sie deshalb völlig.

Wir freuten uns, als die nordafrikanischen Völker Demokratie und Freiheit errangen. Wir dachten darüber nach, was die Schweiz dazu beitragen könnte, damit sich der arabische Frühling weiter entfaltet. Wir sorgten dafür, dass die Vermögen der Diktatoren blockiert wurden und unterstützten den Aufbau der Zivilgesellschaft in Tunis, Kairo oder Bengasi. Und währenddessen hatten Hans Fehr und seine bürgerlichen Freunde nichts anderes zu tun, als sich über Flüchtlingsströme aus dem Maghreb zu sorgen. Sie taten so, als wüssten sie nicht, dass alleine Tunesien 500'000 libysche Flüchtlinge aufgenommen hatte und forderten, die Schweizer Armee müsse an die Grenze geschickt werden. Und das alles, weil 3000 Asylbewerber die Frechheit hatten, an unsere Tür zu klopfen. Es gab keinen Andrang von Flüchtlingen, und die Schweizer Bevölkerung liess sich auch nicht instrumentalisieren. Was bleibt, ist die Hoffnung, dass eines Tages grosse arabische Demokratien entstehen werden. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten gehen mit diesen Völkern zusammen in Richtung Demokratie und Freiheit. Sollen unsere Gegner am Wegesrand ruhig verzweifelt mit den Armen in der Luft herum fuchteln.

Fukushima liess die ganze Welt vor Angst erstarren. 25 Jahre nach Tschernobyl führte diese Katastrophe uns erneut die Gefahren der Atomkraft vor Augen. Die SP Schweiz erfasste sehr schnell das Ausmass der Katastrophe. Und sie war sich auch ihrer Verantwortung bewusst. Es kam für uns nicht in Frage, dieses Drama für die Wahlkampagne zu instrumentalisieren, noch mehr Initiativen zu lancieren und noch öfters zu demonstrieren. Hingegen war es unsere Pflicht, diese Bilder als Mahnung zu nehmen, um das Bewusstsein zu wecken, die Fronten aufzuweichen, neue Mehrheiten zu schaffen und aus der Atomenergie auszusteigen. Und wir sind dabei, dieses Ziel zu erreichen. Mit viel Geduld, Dialogbereitschaft, Offenheit, aber auch Entschlossenheit werden wir die Grundlagen für eine neue industrielle Ära schaffen: die Zeit der erneuerbaren Energien. Wir sind dabei, aus der Atomenergie auszusteigen. Die SP Schweiz zeichnet den Weg dazu mit ihrer Cleantech-Initiative vor. Die Arbeitsplätze von morgen, das Wachstum unserer Gesellschaft, der Wohlstand und das

Wohlergehen – all dies ist nicht möglich, ohne unsere Industrie neu auszurichten und ohne eine neue Energiepolitik. Für eine solche neue Energiepolitik kämpfen wir bereits seit Jahrzehnten, und jetzt sind wir kurz davor, dieses Ziel zu erreichen. Mit Pragmatismus, Kompetenz und Entschlossenheit ebnen wir einen Weg für alle statt für wenige.

Seit Januar warnen wir vor den Folgen eines starken Frankens. Unsere Gegner aber leugneten zunächst jegliche Krise unserer Landeswährung. Es handle sich um nichts weiter als eine riskante Politik der Regierungen Griechenlands, Portugals und Irlands, hiess es. Unsere Gegner verhöhnten uns, als wir vorschlugen, den Franken an den Euro zu binden. Sie weigerten sich, auch nur in Betracht zu ziehen, die gefährdeten Branchen zu unterstützen. Sie gaben uns seitenlange Belehrungen in währungspolitischer Orthodoxie. Sie theorisierten über die Ohnmacht des Staates gegenüber der Allmacht der Märkte. Den ganzen Sommer hindurch hofften sie vermeiden zu können, dass eine derart konkrete und aktuelle Frage ihr Treichelkonzert, ihre hohlen Slogans und Berggipfeln stören würde. Leider mussten Fulvio Pelli und seine Freunde auch diesmal einsehen, dass sie sich auf dem Holzweg befinden. Keine Rede mehr davon, sich über die Vorschläge der SP lustig zu machen: Die Nationalbank band den Franken an den Euro, und der Bundesrat stellte zwei Stabilisierungspakete für die Tourismusbranche und die Exportindustrie vor. Von einem Tag auf den anderen sahen sich die Bürgerlichen gezwungen, ihre Meinung radikal zu ändern. Nachdem sie eingestehen mussten, die Tragweite der arabischen Revolutionen falsch eingeschätzt zu haben und nachdem sie in der Energiepolitik ins Schleudern geraten waren, schlugen sie auch in der Wirtschafts- und Währungspolitik den falschen Weg ein. Offensichtlich läuft im Wahljahr einiges nicht so, wie sie es sich vorgestellt haben.

All dies ist umso niederschmetternder, als die Bürgerlichen ihre Verantwortung beim langsamen Zerfall der grössten Schweizer Bank nicht leugnen können. Unsere politischen Gegner haben die UBS mit Milliardeninvestitionen gerettet. Sie weigerten sich jedoch, auch nur die geringste Bedingung an diese Finanzspritze aus Steuergeldern zu knüpfen: keine Beschränkung der Boni, keine Verpflichtung, Investment- und Geschäftsbanking zu trennen, kein Staatsvertreter im Verwaltungsrat. Nichts. Der Markt würde das alles schon regulieren, hiess es. Und dann war da noch die neue Leitung der UBS, der insbesondere auch der ehemalige FDP-Bundesrat Kaspar Villiger angehört. Man versprach uns, er werde die Risiken besser kontrollieren, welche die UBS eingeht. Ausserdem werde er das Investmentbanking verkleinern, die Casino-Abteilung der UBS. Nichts. Nicht nur, dass er nichts unternommen hat, er liess Oswald Grübel sogar noch gegen den Franken spekulieren. Er schickte seine Lobbyisten los, damit sie in den Gängen des Bundeshauses herumgeistern und den Gesetzesentwurf «Too big too fail» torpedieren. Dies ist umso schlimmer, als es sich um die einzige Vorlage handelt, welche die Politik aufgleisen konnte, um auf die Exzesse der Finanzwelt zu antworten. Heute müssen Villiger, Blocher, Ospel, Grübel und ihresgleichen einsehen, dass ihre Zeit abgelaufen ist und sie der Vergangenheit angehören. Wir werden Schluss machen mit dem Filz und inzestuösen Verbindungen zwischen den Bürgerlichen und den grossen Unternehmen. Wir wollen die Macht dem Volk und seinen Stellvertretern zurück geben. Die politischen Entscheide sollen in Bern gefällt werden und nicht in den eleganten Lounges der Zürcher Hotels.

Nous aurions pu attendre qu'ils reconnaissent leurs erreurs, qu'ils corrigent leur politique, qu'ils comprennent enfin que ce n'est pas en dressant les Suisses les uns contre les autres qu'ils parviendront à résoudre les problèmes actuels, qu'ils pourraient redonner aux uns

l'espoir de gravir les échelons sociaux, aux autres la perspective de voir enfin progresser leurs salaires. J'ai espéré qu'après ces séismes à répétition, ils réalisent que la cohésion sociale est plus importante que la concurrence fiscale. Que la vie des salarié-e-s vaut plus que les bénéfices générés par les traders de nos grandes banques. Mais rien, absolument rien. Ils n'ont rien appris, rien compris.

Et la dernière semaine nous l'a encore démontré. Guy Mollet, l'ancien président de la SFIO considérait que « la France a la droite la plus bête du monde ». Aujourd'hui, j'ai assez envie de le parodier : la Suisse a la droite la plus arrogante du monde. Elle vient de décider, au Parlement, d'acquérir 22 avions de combat, en excluant toute possibilité de référendum populaire et sans se préoccuper le moins du monde du financement de l'opération. C'est d'abord un hold-up démocratique. Alors que la population est appelée régulièrement à se prononcer sur les sujets les plus anodins, par exemple la construction ou non d'un minaret à Langenthal, elle se voit interdite de parole sur un achat de quelque 4 milliards de francs. Et par ceux-là même qui s'autoproclament défenseurs patentés de la démocratie directe. Cette mise à l'écart du peuple, cette arrogance des lobbies militaires et de leurs affidés de droite est à elle seule inadmissible. C'est un scandale et une lâcheté sans précédent.

Mais non content de commettre ce braquage démocratique, les mêmes émettent aujourd'hui des chèques en bois. Les troupes de Darbellay, Pelli et Brunner se sont transformées en faux-monnayeurs. Ils engagent pour l'armée 1 milliard supplémentaire par année tout en refusant de prévoir un financement spécial. Ils soutiennent que ces dépenses pourront être effectuées dans le cadre du budget général de la Confédération. Et donc compensée dans les autres départements. Mais voilà : la plupart des dépenses de la Confédération sont des dépenses liées qu'il est impossible de réduire sans réformes législatives. Un programme d'économie de cet ordre de grandeur ne peut être mené que dans quatre domaines : l'agriculture, les transports publics, la formation et l'aide au développement.

C'est bien ce que les auteurs de cette filouterie d'auberge politique (politische Zechprellerei) n'osent pas vous dire : pour acheter 22 avions de combat, nous allons réduire les paiements directs aux paysans. Pour acheter 22 avions de combat, nous allons réduire les subventions au transport régional de personnes, supprimer des lignes de bus, réduire le nombre de trains à disposition. Pour acheter 22 avions de combat, nous allons diminuer notre soutien à la recherche et à la formation. Pour acheter 22 avions de combat, nous allons diminuer l'aide au développement. Oui, vous avez bien entendu. Pour acheter des armes, nous devrions renoncer, par exemple, à soutenir les populations touchées par la sécheresse dans la Corne de l'Afrique.

Nous nageons en plein délire. Que les campagnes électorales des radicaux, du PDC ou de l'UDC peinent à décoller, c'est un fait. Mais de tenter de les sauver avec de telles méthodes de gangsters, c'est inacceptable.

Et bien camarades, laissez-moi vous le dire tout simplement : ils ne passeront pas ! Ils ne priveront pas le peuple de la possibilité de s'exprimer sur ces dépenses pharaoniques ! Ils n'émettront pas de chèques en bois ! Nous allons, avec votre accord, lancer une initiative populaire, les forcer à s'expliquer, à débattre. Ils veulent préparer la guerre en achetant des Grippen, des Eurofighter, des Rafales. Nous allons la mener cette guerre, mais à notre

manière. Avec des bulletins de vote, des convictions solides, et un engagement militant plus fort que jamais.

Camarades,

Ce dernier épisode montre bien à qui nous avons affaire et pourquoi la victoire est impérieuse le 23 octobre. Nous devons tout jeter dans cette bataille électorale. Il s'agit de savoir qui demain dominera la scène politique : ceux qui veulent investir des milliards pour acheter des armes, ou celles et ceux qui entendent soutenir les familles en difficulté dans notre pays. Ceux qui considèrent que la place financière incarne seule l'avenir de notre pays ou celles et ceux qui préfèrent l'économie réelle au département casino des grandes banques. Ceux qui admettent que quelques-uns se goinfrent au détriment du plus grand nombre, ou celles et ceux qui se battent pour un salaire minimum, pour des conventions collectives de travail, pour de vraies mesures d'accompagnement à la libre circulation des personnes. Ceux qui siègent dans les conseils d'administration des centrales nucléaires, ou celles et ceux qui croient que la prospérité de notre pays passe par le développement des cleantech. Ceux qui défendent un système de santé inefficace, contrôlé par de grands groupes commerciaux, ou celles et ceux qui mènent la lutte pour une caisse publique, efficace, transparente, démocratique.

22 jours, il nous reste 22 jours pour convaincre. Ensemble, nous allons y arriver. Ensemble, nous allons gagner. Ensemble, nous allons faire triompher une politique pour toutes et tous, et non pas pour quelques privilégiés. Nous allons construire une Suisse du tous ensemble, et non pas du tous contre tous.

Chacun ici a s'est investi au cours des dernières années pour redresser le parti, pour le remettre en marche, pour développer notre force militante et construire un projet politique crédible, visionnaire et concret tout à la fois. Mais tout cela ne sert à rien si ne renforçons pas notre présence à Berne, si nous ne gagnons pas les élections à venir.

Camarades,

Vous avez tous beaucoup travaillé durant les mois et les semaines écoulées. J'ai senti, partout où je suis allé, un soutien immense autour de nos candidats et candidates. Dans la rue à St-Gall, sur la Place centrale de Schwyz, à la gare d'Oerlikon, dans les rues basses de Genève, le Parti socialiste est en marche. J'ai envie de vous dire merci, merci et merci.

Et pourtant je dois surtout vous dire encore. Encore plus fort. Encore plus loin. Avec plus d'engagement, plus de détermination. Je veux vous dire qu'ensemble nous devons poursuivre cette campagne jusqu'à la dernière heure, jusqu'à la dernière minute. Que le temps du repos viendra, dans 22 jours. Mais qu'avant, nous avons besoin de vous, de votre énergie, de vos convictions, de votre temps. Vous savez que nous pouvons gagner, que nous devons gagner, que nous allons gagner. Pas pour nous. Mais pour toutes celles et ceux qui nous font confiance. Pour que locataires, salarié-e-s, retraité-e-s, consommateurs retrouvent à Berne une voix forte, déterminée, résolue. Pour mener une politique pour tous, sans privilèges. Alors camarades, encore un effort, nous n'avons plus que 22 jours pour convaincre. Ensemble, nous allons gagner !